

Schwedens Antwort an Wilson.

A. Stockholm, 9. Februar. Das Svenska Telegramman meldet:

Die Note, die der schwedische Minister des Aeußern dem Gesandten der Vereinigten Staaten Nelson Morris in Beantwortung des Vorschlages des Präsidenten Wilson an die Neutralen übergeben hat, lautet folgendermaßen:

Indem ich Bezug nehme auf Ihren Brief vom 5. d., wodurch Sie der königlichen Regierung die Ansicht des Präsidenten Wilson mitteilten, daß es im Interesse des Friedens angezeigt sei, aus Anlaß der neuen Seesperre, die von der deutschen Regierung erklärt wurde, eine der Haltung der Vereinigten Staaten ähnliche Haltung einzunehmen, habe ich die Ehre, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Politik, die die Regierung des Königs während des Krieges befolgte, ist die streng unparteiische Neutralität. Die Regierung tat alles ihr Mögliche, um treu alle Pflichten zu erfüllen, die ihr diese Politik auferlegt. Gleichzeitig macht sie soweit als möglich die Rechte geltend, die daraus abzuleiten sind. Um ein praktisches Ergebnis zu erzielen und die Prinzipien des Völkerrechtes aufrechtzuerhalten, wandte sich die Regierung mehrmals an die neutralen Mächte, um zu einem Zusammenarbeiten zu dem genannten Zwecke zu gelangen. Insbesondere unterließ es die Regierung nicht, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten. Mit Bedauern stellt die Regierung des Königs fest, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubt haben, sich diesen Vorschlägen anzuschließen. Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge führten zu einem System gemeinsamer Maßnahmen von Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien.

In der Politik, die die Regierung des Königs zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und zur Sicherung der legitimen Rechte des Landes befolgt, ist die Regierung des Königs, die ein Herz hat für die unbeschreiblichen Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten, bereit, jede sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um zur Herbeiführung eines nahen dauernden Friedens beizutragen. Sie hat sich daher bereit, sich der edlen Initiative des Präsidenten anzuschließen, zu dem Zwecke, die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Kriegführenden zu prüfen.

Der Vorschlag, der den Gegenstand des gegenwärtigen Schriftwechsels bildet, gibt als Ziel die Abkürzung der Dauer des Krieges an; aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat als Mittel, zu diesem Zweck zu kommen, ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht, die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der königlichen Regierung geleitet haben.

Die Regierung des Königs, die sich stützt auf die Meinung der Nation, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargetan wurde, will in Zukunft wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen und wird nur dann ihn zu verlassen geneigt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern.

Die Aufnahme in Berlin.

A. Berlin, 9. Februar. In Besprechung der schwedischen Antwortnote an Wilson heben die Abendblätter hervor, wie die Note die von Wilson beliebte praktische Politik in meisterhafter Weise seiner theoretischen Politik gegenüberstellt und betonen, daß die schwedische Note weit mehr als eine Ablehnung bedeute und daß in ihr Wilson zwischen den Zeilen der Vorwurf gemacht würde, daß er schon seit längerer Zeit ganz einseitig eine den Viererband begünstigende Politik betrieben habe.